

# Stettiner Zeitung.

## Morgen-Ausgabe.

Annahme von Anzeigen Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: A. Hoffe, Haasenstein & Vogler, C. L. Dabbe, Javalendank, Berlin Bernh. Arndt, Max Gersmann, Eberhard B. Thienes, Greifswald G. Mies, Halle a. S. Jul. Bard & Co. Hamburg Joh. Nothmann, A. Steiner, Wilhelm Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Gebr. Fischer. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

### Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir zugleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den Kammer- und Reichstagsberichten, aus den lokalen und provinziellen Begebnissen darbieten, die Schnelligkeit unserer Telegraphischen Depeschen (auch über den Schiffsverkehrsverkehr) und anderen Nachrichten, für deren schnellste Uebermittlung wir ein eigenes Bureau in Berlin errichtet haben, ist so bekannt, daß wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Ebenso werden wir auch ferner für ein interessantes und spannendes Feuilleton Sorge tragen.

Der Preis der täglich zweimal erscheinenden Stettiner Zeitung beträgt in Deutschland auf allen Postanstalten vierteljährlich nur 1,50 Mark, in Stettin in der Expedition monatlich 50 Pfennige, mit Bringerlohn 70 Pfennige.

Die Stettiner Zeitung ist daher die billigste politische Zeitung, welche täglich zweimal und in einem so großen Formate erscheint und den Lesern eine solche von keinem andern hiesigen Blatte auch nur annähernd erreichte Fülle von Nachrichten bringt. Wir weisen auch noch besonders darauf hin, daß unsere Stettiner Zeitung die Nachrichten über die Berliner und hiesige Getreide-, Waaren- und Fondsbörse bereits im Abendblatt des gleichen Tages veröffentlicht und diese Nachrichten daher den hiesigen und auswärtigen Interessenten auf das allerschnellste übermittelt.

### Die Redaktion.

### Eisenbahn-Unfälle und Eisenbahn-Angestellte.

Die außerordentliche Kommission, welche der Minister der öffentlichen Arbeiten zur Untersuchung der Ursachen der neuerdings sich so beunruhigend häufigen Eisenbahnunfälle eingesetzt hat, soll u. A. die Anzahl, Dienstverteilung und Dienstort des Personals des äußeren Dienstes unter Ausnutzung von geeigneten Beamten des Bezirks an Ort und Stelle prüfen, sowie die allgemeinen für die Sicherheit des Betriebes erlassenen Vorschriften einer erneuten Revision unterziehen. Das Reichseisenbahngesetz hat bereits im Jahre 1875 einen Artikel über die tägliche Dienstverteilung an die Eisenbahnverwaltungen gerichtet, welcher der Ueberwachung der Bahnwärter, Weichensteller, des Maschinens- und Fahrpersonals entgegensteht, und dieser Artikel ist im Laufe der Jahre wiederholt von den preussischen Ministern der öffentlichen Arbeiten in Erinnerung gebracht worden. Nach einem dem Landtag zugelegten Bericht über die Staatseisenbahnverwaltung für das Jahr 1895/96 ist im Einzelnen angeordnet, daß Bahnwärter in der Regel nicht über 13—14 Stunden, ausnahmsweise bis zu 16 Stunden, Weichensteller nicht mehr als 8 Stunden ununterbrochen hintereinander, niemals planmäßig über 12 und ausnahmsweise bis zu 16 Stunden, Stationsbeamte und Telegraphisten nach derselben Maßgabe, Rangmeister ununterbrochen und aufreißend nicht über 10 Stunden, sonst bis zu 12 und 14, das Zugspersonal im monatlichen Zugspersonal im monatlichen Durchschnitt täglich nicht über 11, ausnahmsweise bis zu 16 Stunden, Lokomotivpersonal keinesfalls mehr als 10 Stunden beschäftigt werden sollen; auf eine 14- bis 16stündige Dienstzeit soll in der Regel eine längere Ruhe in der Heimat folgen, soweit als möglich in der Zeit von 7 Uhr Abends bis 7 Uhr Morgens. Die hiernach festgesetzten regelmäßigen Beschäftigungszeiten werden nicht als übermäßige zu erachten sein, während die zugelassenen Ausnahmen schon als solche teilweise zu Bedenken Anlaß geben; dazu kommt aber noch der Zweifel, ob solche „Ausnahmen“ nicht auf manchen Stationen und für manche Angestellte so häufig eintreten, daß für sie die Regel ihre Bedeutung verliert.

In der neuesten Nummer der Wochenchrift „Sozialer Praxis“ stellt der frühere radikale Sozialpolitiker Dr. Quard, der sich seit einigen Jahren der Sozialdemokratie angeschlossen hat, als Gegenpart zu den erwähnten „Regeln“ eine Anzahl Gerichtsverhandlungen aus den letzten Jahren zusammen, in denen Ueberanforderung von Eisenbahn-Angestellten als die Ursache von Unfällen ermittelt und ihnen bei der Strafzumessung als mildernde Umstände angerechnet worden. Diese Tatsachen, obgleich im Verhältnis zu dem großen Umfang des Staatsbahnbetriebes vereinigt, sind dennoch angesichts der häufigen Fälligkeit der Unfälle sehr beachtenswert. Aber das Heilmittel, welches Herr Dr. Quard andeutet, wird sicherlich viel Beifall finden: es besteht im Gewährunglassen gegenüber der neuerdings in Gang gekommenen „gewerkschaftlichen“ Organisation der Eisenbahn-Angestellten, ja in der offiziellen Anerkennung und Förderung derselben; diese Organisation soll nach einzig möglicher Weise die geeignete, wenn nicht die einzig mögliche Befähigung der Angestellten zu fassen und zu sichern; die „Organisation“ soll

mit der Eisenbahnverwaltung über die Mittel der Abhilfe für die von ihr festgestellten Mängel verhandeln. Zu dieser Auffassung steht freilich die der Eisenbahnverwaltung, welche bei Strafe der Entlassung die Befähigung an der gewerkschaftlichen Organisation der Eisenbahner verweigert hat, im schärfsten Gegensatz; doch wenn man das Prekariat derselben, den „Bedürfnis“, wie man der Verwaltung gegen Herrn Quard nur Recht geben können. In dem genannten Blatte treibt die gewerkschaftliche sozialdemokratische Hegelei ihr Wesen; dieses aber innerhalb des großen Heeres der Eisenbahn-Angestellten zu dulden, wäre mit der Verantwortlichkeit der Verwaltung gerade für die Sicherheit des Betriebes unvereinbar. Doch wie diese an sich erfordert, daß keine Ueberanstrengung des Personals stattfindet, so ist die möglichst vollständige Befähigung der „Ausnahmen“ von den Vorschriften über die Dauer der Dienstzeit unerlässlich, wenn das Verbot der Teilnahme an der Eisenbahner-Organisation nicht eine bloß äußerliche Wirkung haben, in Wahrheit verbittern und wirken und darum auch seinerseits die Betriebssicherheit vermindern soll. Das Verbot wird sich, im Gegensatz zu den Ansichten des Herrn Dr. Quard, als nützlich für die Angelegenheit wie für den Betrieb erweisen, wenn es ergänzt wird durch Maßnahmen, welche die mit dem Verlangen des Publikums nach Sicherheit des Eisenbahnverkehrs sich bedenden berechtigten Forderungen des Personals erfüllen.

### Deutschland.

Berlin, 16. September. Wenn den in letzter Zeit vielfach hervortretenden Wünschen einzelner kleinerer Gewerkschaften auf Errichtung eigener Berufsvereinigungen seitens verschiedener Prekariatsvereinigungen auf Erfolg abgesprochen werden, so dürfte diese Organe nicht behalten. Die Bildung vieler kleiner Berufsvereinigungen kann schon wegen der damit verbundenen Erhöhung der Verwaltungskosten nicht im allgemeinen Interesse liegen. Ebenso wenig Erfolg aber dürfte für die nächste Zukunft die Fortbildung einzelner Gewerkschaften haben, die Unfallversicherung auf die Gesamtversicherung der Gewerkschaften auszuweiten. In der Frage der Ausdehnung der Unfallversicherungspflicht auf Handwerkszweige dürfte, nachdem der Entwurf zu einem solchen allgemeinen Gesetze eine keineswegs fremdliche Aufnahme auch in den Handwerkskreisen selbst gefunden hat, mit großer Vorsicht vorgegangen werden.

Baron de Navagnan, der Attache der französischen Botschaft, ist von hier abberufen und ins Auswärtige Amt nach Paris versetzt worden.

Dem „Reichsanzeiger“ zufolge wurde dem bisherigen Legationsrat von Wittenburg, dem bekannten Dichter, der Titel Geheimen Legationsrats mit dem Range eines Raths dritter Klasse verliehen.

Wie dem „L.-M.“ aus Petersburg gemeldet wird, trafen auf der Waga in der Nähe von Astrachan die beiden Dampfer „Zarewitsch“ und „Majutka“ zusammen. Plötzlich erlöste der „Majutka“ einen Schuß, worauf eine furchtbare Panik unter dem Publikum entstand. Viele sprangen ins Wasser und retteten sich durch Schwimmen; 40 Personen ertranken.

Mehrfach wird in der Presse behauptet, daß sich neuerdings eine Annäherung zwischen Deutschland und England vollzogen habe. Von thätigen Umständen liegt dieser Ansicht zu Grunde, daß England sich den deutschen Anschuldigungen über den Friedensschluß in Konstantinopel genähert hat und zu einer Einigung mit Deutschland gekommen ist. Gleichzeitig wird die Beobachtung gemacht, daß englische Blätter ihre bisher sehr feindselige Sprache gegen Deutschland herabgemindert haben und zur allgemeinen Verständigung rathen. An Ausnahmen in der englischen Presse, welche die beliebte Hege gegen die Deutschen nicht mitmachen, hatte es nicht ganz gefehlt, und es ist als erfreulich anzusehen, wenn sich die Zahl solcher Ausnahmen in der letzten Zeit gemehrt hat und namentlich auch konservative Blätter die Unvernunft des englischen Feindbildes einzusehen beginnen. So glaubt sich zum Beispiel der „Standard“ dagegen verwahren zu können, daß in England überhaupt eine feindselige Stimmung gegen Deutschland herrsche. Das ist nun zwar etwas kühne Behauptung; aber man wird mit dem „Standard“ nicht darüber rechten und sich freuen, falls sie für die Zukunft zur Wahrheit werden sollte. Weiter meint der „Standard“, ein Unparteiischer würde wahrscheinlich in Verlegenheit gerathen, wenn er zu entscheiden hätte, ob englische Zeitungen mehr Feindseligkeit gegen Deutschland, oder deutsche Blätter gegen England gezeigt hätten. Wie es sich aber auch in dieser Beziehung verhalten möge, er glaube, „es ist hohe Zeit, daß auf beiden Seiten ein milderer Ton und ein mehr unparteiischer Geist gezeigt werden sollte“.

Das Blatt will nicht gedenken, daß durch die Fortschritte Deutschlands auf wirtschaftlichem Gebiete eine gereizte Stimmung in England hervorgerufen worden sei, und was den politischen Gegensatz betreffe, so sei gar kein greifbarer Grund vorhanden, warum eine Verständigung sich geltend machen sollte. Die Deutschen sollten nicht Alles, was englische Publizisten über sie Ungünstiges sagen, als wahren Ausdruck der Gefühle der Mehrheit des englischen Volkes ansehen. Die englische Presse sollte sich vor Allem darüber klar werden, daß es in erster Linie ihre Schuld ist, wenn ein gespanntes Verhältnis entsteht, daß ihre ungebührliche, rücksichtslose Kritik des Telegramms, das Kaiser Wilhelm I. J. an den Präsidenten Krüger gerichtet, den Anstoß gab zu der Spannung und daß das bisherige Verhalten Englands gegen Transvaal und in der orientalischen Frage nicht dazu angethan war, das Vertrauen Deutschlands zur englischen Politik wieder zu erwerben. Im Uebrigen wird jeder verständige Politiker in Deutschland die Worte des „Standard“ als vernünftig und friedfertig anerkennen und die Vorstellung eines besseren Verständnisses auch zu England nur mit Genehmigung begrüßen. Ob, wie ein Wiener Blatt wissen will, eine „Vermittlung“ des Königs von Italien bei seiner Anwesenheit in Hamburg zu der Verständigung Deutschlands und Englands über den Friedensschluß geführt hat und der italienische Botschafter in London wirklich die Aufgabe hat,

eine in London angestrebte Annäherung Englands an Deutschland zu fördern, mag dahin gestellt bleiben. Wir verzeichnen diese Angaben nur, weil sie vielfach in der Presse erwähnt werden.

Berlin, 16. September. Am dem veröffentlichten Jahresbericht des sozialdemokratischen Parteivorstandes sind mehrere Dinge auffällig. Die kühle Gleichgültigkeit der Sprache über den Hamburger Hafenarbeiterausstand wird wohl nicht im Stande sein, bei den Adressaten die Erinnerung an so viele vergeblich gebrachte Opfer und so viel zerstörtes Menschenglück aufzuheben. Dann wird mit der Erwähnung der vier in diesem Herbst bevorstehenden Landtagsersatzwahlen indirekt für die Teilnahme an den preussischen Landtagswahlen plaidirt; die hiesigen Versammlungen vom 12. d. M. hatten übrigens eine unerwartet starke Opposition gegen diese Teilnahme erkennen lassen. Die vier Länder mit bevorstehenden Ersatzwahlen sind Sachsen, Baden, Sachsen-Weimar und Sachsen-Meiningen; über die beiden letzteren ist weiter nichts zu sagen. Indem aber die Teilnahme an den Wahlen für die Dresdener zweite Kammer als selbstverständlich bezeichnet wird, geht man über eine dort bestehende Parteikontroverse als nicht vorhanden hinweg. Nach der Veränderung des sächsischen Wahlrechts hat mit dem Reichstagsabgeordneten Dr. Schönant an der Spitze ein Theil der sächsischen Sozialdemokratie die künftige Enthaltung von den sächsischen Landtagswahlen proklamiert; es kam zu heftigen Auseinandersetzungen und die Parteileader haben Leipzig-Bund legten unfreiwillig das Mandat nieder. Man wird jetzt sehen müssen, wie sich Herr Schönant zu dieser Drohungspolitik von Seiten des Parteivorstandes stellt. Hinsichtlich der hiesigen Wahlen endlich ist bemerkenswert, wie offen dort als Ziel die Befähigung der nationalliberalen Kammermehrheit und damit also das ultramontane Wahlbündnis proklamiert wird. Herr Geistlicher Rath Wader in Jägeringen mit seiner stetigen enthieltlichen Ablehnung dieses Bündnisses könnte sich an der Offenherzigkeit seiner Wahlhelfer ein Beispiel nehmen.

Vor wenigen Tagen meldete der „Hamb. Korr.“, der Reichstag solle in diesem Jahre frühestens Ende November, vielleicht sogar erst Anfang Dezember einberufen werden. In einer Berliner Zuchtschrift an den „Dann. Kur.“ wird dagegen ausgeführt, daß eine frühzeitige Einberufung des Reichstags im Hinblick auf die im nächsten Jahre stattfindenden Reichstagsneuwahlen nachtheilhaft sei. Es heißt in dieser Zuchtschrift:

Obwohl sich die Regierung mit der Terminfrage noch nicht beschäftigt hat, ist innerhalb des Ministeriums eine Strömung vorhanden, die den baldigen Zusammentritt des Reichstags und die mögliche Beschleunigung der Arbeiten in der Aussicht begründet, daß die Neuwahlen zum Reichstag womöglich schon Ende April stattfinden können. Gewiß läßt sich der Etat bis etwa zum 20. März erledigen, wenn die Regierung im Vorliegen sonstiger Gesetzentwürfe weite Maß hält. Ob der Reichstag dann geschlossen oder, weil sein Mandat noch nicht abgelaufen ist, aufgelöst wird, bleibt sich gleich. Jedenfalls wird aber der neugewählte Reichstag noch im Frühjahr zu einer Tagung einberufen werden; ob zu einer kürzeren, die nur der Bestimmung der Verfassung Genüge leistet, wonach der Reichstag innerhalb 30 und so vieler Wochen nach seiner Wahl einberufen werden muß, oder zu einer längeren, in der wichtige Entscheidungen fallen könnten, das dürfte von der Zusammensetzung des neuen Hauses abhängen. Aus der Möglichkeit, wenn nicht Wahrscheinlichkeit, daß die Neuwahlen zum Reichstag schon im April stattfinden, ergibt sich aber die Verpflichtung für die Parteien, die Wahlvorbereitungen nach Möglichkeit zu beschleunigen.

Die Ausscheidung der „Münch. Allg. Ztg.“, worin die Minister von Miquel und Graf Posadowsky gegen den Vorwurf einer einseitigen agrarischen Wirtschaftspolitik in Schutz genommen wurden, findet bei der „D. Tagesztg.“ entschiedenen Widerspruch. Das Blatt will auf die beiden Minister als Gesinnungsgegenstände nicht verzichten und erklärt, daß die „Münch. Allg. Ztg.“ zu den beiden Ministern keine Beziehungen habe.

Kiel, 16. September. Das Kadettenschulschiff „Charlotte“ hat heute früh die Reise nach Westindien angetreten.

Köln, 16. September. Zu der Versammlung der deutschen Kolonialgesellschaft schreibt die „K. Ztg.“: Der Grund, daß die sachverständigen Marinefreunde sowie wahrscheinlich auch die Marineverwaltung selbst sich nicht zu diesem Programme bekennen, sei der, daß man nicht das Dach baue, bevor man die Umfassungsmauern vollendet habe. Gegenwärtig habe Deutschland viel Wichtiges zu thun, als jene Nacht- und Nebelreisen in der Marine praktisch zum Ausbruch zu bringen. Auf eine Reihe von Jahren hätten die staatlichen und privaten Werften alle Hände voll zu thun und eben so viele Jahre müßte das Reich seine ganze Finanzkraft anspannen, um nur den einen Zweck zu erreichen, sämtliche kriegsunfähig gewordenen großen Schiffe durch brauchbarere zu ersetzen.

### Oesterreich-Ungarn.

Wien, 16. September. Der „Budapester Korrespondenz“ zufolge verließ Kaiser Franz Josef dem Chef des deutschen Generalstabes, General der Kavallerie Grafen von Schleffen, das Großkreuz des Stefans-Ordens, dem Obersten von Willebrand den Stern zum Komthurkreuz des Franz-Josef-Ordens, dem Flügel-Adjutanten Major von Böhm das Komthurkreuz dieses Ordens sowie dem Adjutanten des Chefs des deutschen Generalstabes Hauptmann von Volkmann und dem Adjutanten des Chefs des russischen Generalstabes, Kapitän Lufanow, die dritte Klasse des Ordens der Eisernen Krone. Se. Majestät Kaiser Wilhelm verlieh dem österreichisch-ungarischen Reichskriegsminister Grafen von Kriegerhammer den Schwarzen Adlerorden, dem Honvedminister Baron Fejervary die Brillanten zum Nothofen-Adlerorden 1. Klasse, dem F.M.R. Forstner, Abtats des Honved-Oberkommandanten, den Nothofen-Adlerorden 1. Klasse und dem General-Inspektor der Artillerie, F.M.R. Ritter von Kropatschek, den Kronenorden 1. Klasse. Der Chef des österreichisch-ungarischen Generalstabes, F.M.R. Freiherr von Bed, erhielt eine goldene Tabatiere mit dem Namenszuge des deutschen Kaisers in Brillanten. Dem Grafen Esterhazy

überreichte Kaiser Wilhelm seine mit Unterschrift versehene Photographie in einem schweren Goldbronzegerahmen, welcher mit den Emblemen des deutschen Reiches und dem Namenszuge des deutschen Kaisers geziert ist. Weitere Ordensauszeichnungen wurden von dem Monarchen an die beiderseitigen Gefolge verliehen.

### Frankreich.

Paris, 16. September. Der „Saulois“ bespricht die Annäherung Italiens an Rußland und sagt: Weder nacheinander bestehen ernste Schwierigkeiten bezüglich solcher zwischen beiden Staaten. Wenn Rußland zum Mitteländischen Meer wolle, so geschehe dies nicht in der Absicht, dasselbe in einen russischen See zu verwandeln, sondern um eine Wasserstraße nach dem Indischen Ozean und den japanisch-chinesischen Gewässern zu gewinnen. Für die Annäherung beider Nationen sei es notwendig, daß Italien vom Dreibunde zurücktrete, dadurch würde Italien das Adriatische Meer wiedergewinnen und durch Vermittlung seiner militärischen Ausgaben seine Finanzen ganz wesentlich bessern. Mit Rußland verbündet, würde Italien sich wieder Frankreich nähern können, was dem Lande nur zum größten Nutzen gereichen werde, da dann die jetzt unterbrochenen industriellen Beziehungen wieder aufgenommen werden. Die Umwälzung der italienischen Politik ist demnach die Vorbedingung der Aussöhnung mit Frankreich, und seit Crispien Surz habe sich die italienische Regierung Frankreich gegenüber auch von Tag zu Tag freundlicher gezeigt.

### Italien.

Rom, 16. September. Die Crispien'schen Blätter besprechen die Unentschiedenheit des Ministeriums und werfen demselben vor, daß es nicht wisse, ob es mit dem Zweibunde Dreibunde halten solle. Diefelbe Unentschiedenheit bestehe in der Politik des Innern, sowie in der Afrika-Politik. Der Friede mit Mexiko sei zwar geschlossen, doch könne man nicht die Grenzen der ertragsreichen Kolonie und Niemand wolle als Gouverneur nach Afrika gehen, um sich nicht bloßzustellen, da man nicht wissen könne, wie lange noch das jetzige Ministerium am Ruder bleibe.

### Spanien und Portugal.

Ueber die spanisch-amerikanischen Beziehungen werden aus Madrid sehr günstige laute Berichte verbreitet. Es scheint danach, daß die Beziehungen des neuen amerikanischen General Woodford durchaus verständlicher Natur und den Wünschen der Zingapartei strikte zuwiderlaufende sind. Ob hier nicht doch ein wenig Optimismus spanischerseits unterläuft, wird sich ja s. Z. an der Hand der Entwicklung der Dinge auf Kuba seit dem jüngsten Waffenstillstand der Zingapartei kontrollieren lassen, denn kaum war die Einnahme des festen Platzes Victoria de las Lunas durch die Aufständischen bekannt geworden, als es auch schon hieß, durch diese Eroberung sei die vornehmste Voraussetzung für die Anerkennung der Zingapartei als kriegsführende Partei seitens der Vereinigten Staaten perfekt geworden. In den Weisungen des Generals Woodford konnte natürlich mit diesem Erfolge der Zingapartei noch nicht gerechnet werden, allein bis jetzt ist noch nirgends ein Anzeichen von einem im Anschluß daran sich vorbereitenden Meinungsumschlage der amerikanischen Politiker zu verspüren. Das spanische Kabinett hat sich durch die erwähnte Schlappe in seinen Entschlüssen betreffs Kubas eben so wenig wankend machen lassen. Es denkt noch wie vor den dortigen Höchstkommandirenden General Weyler mit dem eigenen Schilde, und bleibt dabei nur sich selber treu, solange nämlich in Madrid an dem System der Kriegführung eine outrance festgehalten wird. Für die Durchführung dieses Systems ist General Weyler gerade der rechte Mann, und ein Wechsel in der Person des Höchstkommandirenden, wenn damit zugleich ein Systemwechsel hand in Hand ginge, würde der Sache Spaniens auf Kuba schaden. Moralischen Abbruch thun, als der Verlust von Victoria de las Lunas. Daß dieser Verlust eine ernste Schlappe für die spanische Kriegführung darstellt, braucht deshalb nicht leugnet zu werden, und wenn die Madrid'schen Militärs den Fall auf die leichte Achsel nehmen und behaupten, die Wiedereroberung werde keine sonderlichen Schwierigkeiten machen, so sind doch immer der Vertikalkritik abweichender Ansicht. Ihrem Dafürhalten nach wird die Wiedergewinnung von Victoria de las Lunas nicht ohne vorgängige regelrechte Belagerung möglich sein, und die Entsendung eines starken Expeditionskorps erforderlich machen. Denn die gesamte Umgebung ist auf weite Entfernung in den Händen der aufständischen Guerillabanden, was schon schon daraus geschlossen werden muß, daß die Nachricht des Verlustes jenes festen Platzes erst Tage gebraucht, um auf dem Seewege nach Havana zu gelangen, weil die Verbindungen zu Lande nach Puerto Principe oder Santiago und von da weiter bis zur Hauptstadt ungangbar sind.

Unfreiwillig, wie sich die militärische Konstellation auf Kuba anläßt, könnte sie auch politische Folgen haben, freilich weniger nach Außen als zunächst nach Innen. Das Ministerium Aguirre gilt vielfach als ernstlich gefährdet und sein Rücktritt, nebst der Perspektive auf eine Uebernahme der Geschäfte durch ein liberales Kabinett, nur noch als Frage der Zeit. Das an alle Militärs ergangene Verbot, sich mit Politik zu befassen, ist nicht durch Sorge vor karlistischen Unternehmungen, sondern durch den Willen, die Kriegführung des Generals Weyler vor misliebigen Kritikern seitens der Armeekeise zu schützen, inspirirt. Indessen giebt man sich an maßgebender Stelle in Madrid wohl keiner Täuschung darüber hin, daß die Sympathien der Armee sich immer mehr einer Kombination Sagasta-Martinez Campos zuwenden, weil das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der Strategie des Generals Weyler hinwiegend geworden ist. Der Eintritt der für die Wiederaufnahme größerer Operationen auf Kuba günstigen Jahreszeit dürfte auch für die Personenfragen entscheidend werden.

### England.

London, 16. September. (Meldung des „Neuer'schen Bureau“.) In einer hier veröffentlichten Note wird die Nachricht, daß ein Einvernehmen der Mächte über den türkisch-

griechischen Friedensschluß auf der Grundlage der Vorläufige Lord Salisbury's zu Stande gekommen sei, offiziell für verfrüht erklärt. Die Regierung sei nicht in der Lage, eine bestimmte Versicherung abzugeben als die, daß die Verhandlungen ihren Fortgang nehmen, und daß der Fortschritt als befriedigend betrachtet werde.

London, 16. September. Nach einer Meldung der „Times“ aus Athen vom gestrigen Tage ist beschlossen worden, die Viole von Kreta nicht aufzuheben, ehe die Hauptpunkte der neuen Verfassung der Insel von den Mächten festgelegt sind. In verantwortlichen Kreisen in Athen werde bestimmt berichtet, in der Nacht des 10. d. M. sei der Versuch gemacht worden, in Kethimo türkische Truppen zu landen. Die Ausführung dieses Vorhabens sei jedoch auf der Wachsamkeit des russischen Geschwaders gestoppt.

London, 16. September. Nach einer Meldung der „Times“ aus Simla vom gestern ist während der letzten Tage auf einer weiten Strecke reichlicher Regen niedergegangen, Inbden dürfte in wenigen Monaten Regen zum Erport übrig haben, da die Ernte ganz besonders gut ist.

### Rußland.

Petersburg, 16. September. Gestern ist hier eine Abordnung des preussischen Kaiserregiments Kaiser Nikolaus I. von Rußland (brandenburgisches) Nr. 6 eingetroffen, um den Chef des Regiments, Großfürsten Paul Alexandrowitsch, zu dessen Jubeljahr zum Begrüßung zu empfangen. Die Abordnung wird heute vom Großfürsten empfangen.

Paris, 16. September. Das Komitee der Pariser Industriellen und Kaufleute wird demnächst in der Hundshalle der Börse ein Bankett zu Ehren des Präsidenten Faure anlässlich dessen Rückkehr aus Rußland veranstalten.

Madrid, 15. September. Nach amtlichen Meldungen aus Kuba haben die Aufständischen bei den letzten Gefechten 73 Tote verloren; 208 haben sich unterworfen.

### Asien.

Simla, 16. September. (Meldung des „Neuer'schen Bureau“.) Die zweite Brigade der Expedition gegen die Mohmands unter General Jeffreys wurde heute in ihrem Lager jenseits des Panigaraflusses vom Feinde angegriffen. Der Verlust auf englischer Seite betrug zwei Offiziere und zwei Soldaten, ein Offizier schwer verwundet und fünf Soldaten verwundet.

### Amerika.

Newyork, 16. September. Der „Newyork World“ erhält aus Caracas die telegraphische Nachricht, daß der General Andrade mit sehr großer Stimmenmehrheit zum Präsidenten von Venezuela gewählt worden sei.

### Von der Marine.

Heute beenden die Seelabellen des Jahres 1896 die Schlußprüfung in Artillerie an Bord S. M. S. „Mars“, worauf sie 14 Tage Urlaub erhalten und am 3. Oktober ihre ca. 10 Monate umfassende Kommandierung zur Marineschule antreten.

### Stettiner Nachrichten.

Stettin, 17. September. Nachdem Herr Greffrath sein Amt als Mitglied der Finanzkommission niedergelegt hat und dieselbe durch die Ernennung des Herrn Lubendorf wieder vollständig geworden war, wurde heute Herr Stadtverordneter Kura zum Vorsitzenden der Finanzkommission und Herr Stadtverordneter Masnasse zum Stellvertreter desselben mit einstimmiger Wahl gewählt.

Für die nächsten Tage ist nach bedeutenden Unterhaltungen der Kaufmann Kurt May, der Verwalter des Bank- und Lotteriegewinns Oskar Bräuer u. Co. Nachf. am Kohlenmarkt. Hauptgeschäft florirt in dem Geschäft der Handel mit Loosen auswärtiger Lotterien, viele Spieler in denselben sind dadurch benachteiligt, daß sie die Loose vorher bezahlt hatten, aber schon seit zwei Ziehungen nichts erhielten. Für diese Spieler dürfte die Sache außerdem noch das mißliche Nachspiel haben, daß sie sich wegen Spielens in Lotterien, welche in Preußen verboten sind, vor Gericht werden verantworten müssen.

In Betreff des Befähigungs-nachweises für das Baugewerbe beschloß der in Leipzig abgehaltene Innungsverband deutscher Baugewerksmeister: 1. Der Verband deutscher Baugewerksmeister hat auf die Form und den Inhalt des Handwerkerzeugnisses einen erkennbaren Einfluß nicht ausüben können, und der Inhalt des Zeugnisses entspricht nicht den Ansichten des Verbandes. 2. Der Verband ist sich davon überzeugt, daß das mehrgenannte Gesetz in der That erst dann eine vollständige Wirkung für das deutsche Baugewerbe wird ausüben vermögen, wenn letzteres nach dem Inhalte des vorliegenden Petitionsentwurfes nach § 31 der Gewerbeordnung zu den prüfungs- und konfessionspflichtigen gezählt werden wird. Gleichzeitig wurde der Entwurf einer Vorlesung betreffend Einführung des Befähigungsnachweises für das Baugewerbe an den Bundesrath und Reichstag genehmigt, in der gefordert wird, daß unter die Gewerbebetriebe, die nur auf Grund eines Nachweises der Befähigung betrieben werden dürfen, die Maurer, Zimmerer und Steinmetzgewerbe aufgenommen werden.

Aus Anlaß der glücklichen Ankunft des Lloyd-Dampfers „Kaiser Wilhelm der Große“ hatte die Direktion des „Balkan“ folgendes Telegramm an Se. Majestät den Kaiser abgefaßt:

„An Se. Majestät den Kaiser und Königin. Eurer Majestät zeigen wir allerunterthänigst an, daß nach langem mühevollen Arbeiten „Kaiser Wilhelm der Große“ heute Abend 11 Uhr glücklich in Swinemünde angekommen ist. Voraussichtlich Abfahrt Dienstag und Antritt der ersten Reise nächsten Sonnabend.“

Direktion des „Balkan“. Direktion des „Lloyd“. Darauf ist bereits Tags darauf die folgende Antwort eingegangen:

„Amstetten, 12. September. Ich danke bestens für die Meldung von der Ankunft des „Kaiser Wilhelm der Große“ in Swinemünde.“







Begraben und auferstanden. Erzählung von E. Heinrich v. Sinden. (10. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.) Wie Mamsell Fortmann jetzt mit rostem Eifer...

Bekanntmachung. Mit Rücksicht auf die neuerdings beobachtete Zunahme der Typhus-Pravität in dieser Stadt...

Deutsche Syphon-Gesellschaft, G. m. b. H., Berlin SW., 25 Alexandrinenstrasse. Wir beabsichtigen, an allen grossen Plätzen Syphonbier-Verlags-Geschäfte in grösserem Umfange zu errichten.

Bilz Naturheilkunde. (Schloss Lüsselt) Dresden-Radebeul. 2 Anstaltskrate. Günstige Kurerfolge bei fast allen Krankheiten. Prospekt frei.

Alt-Dammer Elektricitäts-Werke zu Alt-Damm. Elektrische Beleuchtungsanlagen, Kraftübertragungen, Strassen- und Kleinbahnen.

Dr. Harang's Einj.-Freiw.-Institut. Halle 5. Seit Ostern 1894 bis jetzt bestanden 66 Schüler d. Einj.-Examen.

Stettin-Pölitz. Sonnabend, d. 18. h., fallen die Touren 6 Uhr Abends von Pölitz nach 7 1/2 Uhr Abends von Stettin aus.

Söhne angesehener Eltern! d. a. Neigung oder Gesundheitsrückfällen d. Gärtner-Verst. ergreifen sollen, finden Michaeli unter günstigen Bedingungen Aufnahme und sorgfältige Ausbildung a. d. bestmöglichen.

Stettiner Handwerker-Ressource. Sonntag, den 19. cr., Abends 7 Uhr, in der Philharmonie: Grosses Konzert. Nachdem: Tanz.

Andreas Saxlehner, Budapest, k. u. k. Hoflieferant. Saxlehners Bitterwasser Hunyadi János. Unübertroffen in seinen seit 34 Jahren bewährten Vorzügen.

Vermiethungs-Anzeiger des Stettiner Grundbesitzer-Vereins. 7 Stuben. Elisabethstr. 59, sehr reichl. Ansehn zu vermieten. 6 Stuben. Lindenstr. 26, 3 Tr. rechts, ist wegen Verzuges eine Wohnung von 6 Zim. m. Badeeinrichtung zu vermieten.



Vorstellung. Nachdem: Vereins-Tanzkränzchen.